

Antrag

**der Abgeordneten Rolf Kutzmutz, Dr. Christa Luft, Dr. Dietmar Bartsch,
Dr. Gregor Gysi und der Fraktion der PDS**

Ansiedlung einer Airbus-Fertigungsstätte in Mecklenburg-Vorpommern

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Anteilseigner der wirtschaftlichen Interessengemeinschaft Airbus Industrie (AI) wollen noch in diesem Jahrzehnt ein integriertes Luft-, Raumfahrt- und Verteidigungsunternehmen (EADC) errichten. An Airbus Industrie sind französische und deutsche Firmen mit je 37,9 %, britische und spanische Firmen mit 20,0 bzw. 4,2 % beteiligt. Sie haben für die geplante Unternehmensbildung die maßgeblich betroffenen Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands gebeten, eine möglichst baldige Klärung des Umfangs der gewünschten staatlichen Mitspracherechte sowie der Modalitäten ihrer Ausübung, der dazu erforderlichen nationalen Regelungen herbeizuführen. Ferner bitten sie u.a. um Klärung der im Zusammenhang mit einer solchen Unternehmensbildung stehenden steuerrechtlichen, förder-, beschaffungs- und exportpolitischen Fragen. Bisher zeichnet sich ab, daß Toulouse (Frankreich) Sitz des neuen Unternehmens wird.

Airbus Industrie beabsichtigt, im Jahre 2004 ein eigenes Großraum-Langstrecken-Passagierflugzeug auf den Markt zu bringen (Projektbezeichnung: A3XX). Nach eigenen Angaben soll es sich ausschließlich um ein ziviles Vorhaben handeln. Mit diesem Projekt würde in Westeuropa ein zukunftsfähiges, technologisch anspruchsvolles Produkt beheimatet werden. Ende 1998/Anfang 1999 wollen die Gesellschafter von Airbus Industrie über Entwicklungsaufträge und Fertigungsstandort von A3XX entscheiden. Die maßgeblich betroffenen Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands haben die Vergabe von Fördermitteln für die Entwicklung dieses Flugzeuges – gemäß bilateralem Großflugzeugabkommen EU – USA von 1992 ist eine verzinsliche, rückzahlbare Förderung von bis zu 33 % der gesamten Entwicklungskosten möglich – an Fortschritte bei der unternehmerischen Zusammenführung der AI-Partner gebunden.

Um den Standort der A3XX-Fertigung, die voraussichtlich 2000 hochqualifizierte Arbeitsplätze bieten wird, bewerben sich Toulouse und St. Nazaire (beide Frankreich), Sevilla (Spanien) sowie Hamburg und Rostock-Laahe (Mecklenburg-Vorpommern). Hamburg ist hinsichtlich des Pro-Kopf-Einkommens die reichste Region der EU, die Steuereinnahmen des Landes

beliefen sich 1996 auf 7 159 DM pro Einwohner – in Mecklenburg-Vorpommern betrug diese Quote nur 3204 DM. Hamburg liegt mit einer Arbeitslosenquote von 10,7 % im Bundesdurchschnitt, während in Mecklenburg-Vorpommern mit 16,9 % Erwerbslosen die zweitschlechteste Arbeitsmarktsituation Deutschlands herrscht (Stand: September 1998). Andererseits bietet diese ostdeutsche Region hinsichtlich der bereits bestehenden Infrastruktur sowie des Qualifikationspotentials verfügbarer Arbeitskräfte im Hochschul- und Schiffbaustandort Rostock günstige Rahmenbedingungen für die Schaffung eines solchen neuen industriellen Kernes mit großen Synergieeffekten. Die frühere Bundesregierung hat sich sowohl in der europäischen als auch der innerdeutschen Auseinandersetzung um den Standort der A3XX-Fertigung für Rostock-Laage engagiert. Sie setzte damit ein wichtiges Zeichen für die Menschen einer Region, die mit am schlimmsten von den wirtschaftlichen und sozialen Umbrüchen des vergangenen Jahrzehntes betroffen sind.

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern sagte Ende August 1998 mit Unterstützung aller im Landtag vertretenen Parteien verbindlich zu, im Falle einer Ansiedlung der Airbus-Fertigung die Fördermöglichkeiten voll auszuschöpfen, 631 Mio. DM für die eigentliche Investition sowie weitere 104 Mio. DM für Infrastrukturausbau und 43 Mio. DM zur beruflichen Qualifizierung bereitzustellen. In der Vereinbarung zwischen SPD und PDS Mecklenburg-Vorpommerns zur Bildung einer neuen Landesregierung vom 2. November 1998 bekräftigten beide Partner, daß sich die Landesregierung entschieden für die Ansiedlung der Airbus-Fertigung in Rostock-Laage einsetzen solle.

Andererseits hat am 6. Oktober 1998 die niedersächsische Landesregierung in einem Staatsvertrag der Hansestadt Hamburg 250 Hektar Ausgleichsflächen zur Erweiterung des Airbus-Werkes Hamburg-Finkenwerder für die Übernahme des Projektes A3XX zur Verfügung gestellt.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Ansiedlung der Fertigung des Airbus A3XX als neuen industriellen Kern in Mecklenburg-Vorpommern zu unterstützen,
- alle zu Gebote stehenden Einflußmöglichkeiten sowohl gegenüber den an Airbus Industrie beteiligten Unternehmen als auch den mitbetroffenen Regierungen zu nutzen, damit die Standortentscheidung der neuen Airbus-Fertigung zugunsten Mecklenburg-Vorpommerns fällt,
- die finanziellen Voraussetzungen im Bundeshaushalt 1999 sowie den Folgehaushalten für die Ausschöpfung des möglichen Beihilferahmens zur Ansiedlung einer Airbus-Fertigung in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen.

Bonn, den 3. November 1998

Rolf Kutzmutz
Dr. Christa Luft
Dr. Dietmar Bartsch
Dr. Gregor Gysi und Fraktion